

Leitantrag zur Gründungsversammlung „DIE LINKE.Würzburg“

Die Linke versteht sich als Partei und Vertretung aller Menschen, die für die Beseitigung von Menschenmacht über Menschen, gegen die Wirtschaftsallmacht über nahezu alle Lebensbereiche und gesellschaftlichen Institutionen, die gegen die Diskrepanz zwischen Reichtum und Armut in der Gesellschaft, eintreten.

Die Linke setzt sich für die überfällige Demokratisierung der Wirtschaft ein.

Eine Gesellschaft ohne demokratisch legitimierte Wirtschaft begibt sich in existenziell bedrohliche Abhängigkeit von der Wirtschaft und gegenüber der Zusammenballung wirtschaftlicher Macht.

Die Linke tritt ein für kontinuierliche Abrüstung in Deutschland und weltweit

sowie für eine Aggression und Kriege verhindernde präventive Friedensarbeit.

Die LINKE.Würzburg setzt sich gegen Faschismus, Antisemitismus und Rassismus aktiv ein!

Die herrschende Politik wird von immer mehr Menschen abgelehnt. Auch rechtsextreme Organisationen greifen mit ihrer Agitation und Propaganda die für die Menschen teils verheerende Auswirkungen der Politik und Entscheidungen der Bundesregierung und Parlamentsmehrheit auf. Sie machen Sündenböcke aus (z.B. Ausländer und Asylanten) und schüren somit Fremdenhass – und sie stellen demokratische Prinzipien in Frage. Ihre Ziele sind menschen- und demokratiefeindlich. Es ist unsere Aufgabe, die neofaschistischen Bestrebungen zu entlarven und anzuprangern. DIE LINKE steht ein für eine nationenübergreifende und völkerverständigende Durchdringung der Gesellschaften im Geiste der Grund- und Menschenrechte.

Die Linke stellt sich gegen jedwede Form von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Sie kämpft gegen neofaschistische Tendenzen und Organisationen und sie trägt insbesondere bei zur fortgesetzten Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit Deutschlands und dem von Deutschen betriebenen Völkermord und Krieg.

Die Linke betreibt eine Politik, die die Natur schützt und ihre schonende Nutzung auch in Zukunft ermöglicht. Eine lebenswerte Umwelt zu erhalten ist unser Ziel und unsere Aufgabe.

Die Linke ist Bestandteil der emanzipatorischen Bewegung zur Wahrung der Würde aller Menschen. Sie tritt ein für den Schutz von Leben und Würde aller Menschen, gleich welcher Abstammung, Religion, Nationalität, Herkunft und sexueller Identität.

Sie tritt insbesondere auch für die tatsächliche Gleichstellung der Frauen in Betrieben und Verwaltungen sowie allen gesellschaftlichen und politischen Bereichen ein.

So strebt „Die Linke“, bezogen auf die gegenwärtigen gesellschaftlichen (Macht- und Ohnmachts-) Verhältnisse eine Veränderung der Gesellschaft im Sinne des Grundgesetzes der Bundesrepublik und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte an.

Der demokratische Sozialismus und die Verwirklichung der Grundrechte bedingen nach dem Verständnis der LINKEN einander.

Für demokratische Sozialisten ist und bleibt das Ziel die kapitalistische Profitgesellschaft zu überwinden.

Was ist die Linke?

Gegen die herrschende Politik regt sich vielfacher Widerstand. Es bilden sich Organisationen und Bürgerbewegungen gegen deren Auswüchse. Wichtige Teile dieses „linken“ Spektrums sind Friedensbewegung, Gewerkschaften, Soziale Bewegungen, Umweltbewegung, Bürgerrechtsgruppen und viele Weitere. Aber auch andere Parteien, die sich als links verstehen, zählen dazu.

Die Partei DIE LINKE kann deshalb, trotz des gewählten Namens, keinen Alleinvertretungsanspruch erheben. Vielmehr versteht sie sich als Teil einer Bewegung, die sich dem aktuellen zerstörerischen Kurs entgegenstellt.

Dieser Widerstand ist innerhalb und außerhalb der Parlamente notwendig. Alternative Wege müssen gesucht werden. DIE LINKE will Ansprechpartner und parlamentarisches Sprachrohr dieser Bewegung sein und mithelfen die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Dem egoistischen, kurzsichtigen Profitstreben muss ein solidarisches Miteinander, mit Blick auf unser aller Zukunft, entgegen gesetzt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Vor Ort

Politik bestimmt die Welt in der wir leben – auch hier vor Ort

Vieles wird im Bund und im Land entschieden. Aber auch in Stadt- und Kreisparlamenten werden sehr wichtige Weichen gestellt.

Hartz IV muss weg!

Seit der Einführung des SGB II am 1.1. 2005 hat sich auch die Situation der Bevölkerung im Gebiet unseres Kreisverbandes erheblich verschlechtert. Vier neue Verwaltungsbehörden sind entstanden: ARGE Würzburg, ARGE Kitzingen, ARGE Main-Spessart und die Optionskommune im Landkreis Würzburg. Dank eines fragwürdigen Gesetzes können diese nun mittels phantasievoller Methoden und Behördenwillkür erwerbslosen Menschen das Leben schwer machen und sie aus der Statistik oder gleich ganz aus dem Leistungsbezug drängen.

ALG II Empfänger werden in obskure Beschäftigungsgesellschaften („Neue Chance“) gesteckt, erhalten monatelanges Bewerbungstraining oder müssen unbezahlte Praktika ableisten. Oder sie werden in sogenannte 1 –Euro- Jobs vermittelt, wo sie in Alten- und Pflegeheimen, an der Universität oder in städt. Betrieben arbeiten, ohne Aussicht auf Festanstellung. Nur unter Inkaufnahme von existenzbedrohenden Sanktionen können sie sich gegen diese Maßnahmen wehren. Zudem sind sie auf den mageren Zuverdienst angewiesen.

Wir wissen alle : 345 Euro reichen nicht zum Leben.

Immer mehr Bürger in unserer Stadt und in den Kreisen sind auf die Armenspeisungen und die Tafelläden angewiesen. Frauen oder Familien , die von Hartz IV leben müssen oder von Hartz IV bedroht sind, entscheiden sich im Falle einer Schwangerschaft i. d. Regel für einen Abbruch. Bei den Erziehungsberatungsstellen und bei den Familienberatungsstellen ist immer häufiger auch Hartz IV und daraus resultierende Schwierigkeiten ein Thema. Die Telefonseelsorge Würzburg registriert ein deutlich gesteigertes Aufkommen von Anrufen, von Menschen, die in Notlagen geraten sind durch Arbeitslosigkeit oder Hartz IV.

Wir bleiben dabei: Hartz IV muss weg. Aber **wir brauchen auch schnelle Hilfe** für notleidende Menschen. Deshalb fordern wir die Stadt Würzburg auf sofort einen Schulfonds für bedürftige Kinder einzurichten. Jeder bedürftige Bürger soll Unterstützung erhalten für den Kauf von Schulsachen, wie Schreibwaren, Malutensilien, Schulranzen, Turnkleidung, usw. Statt Lippenbekenntnissen zu Familie und Kindern oder wie wichtig Bildung ist, ist konkrete Hilfe notwendig. Die Herkunft darf nicht über die Zukunft entscheiden.

Privatisierungen stoppen – Kommunale Selbstverwaltung für die Zukunft retten

Entscheidungen zu Gewerbeansiedlungen können die Struktur einer Stadt sehr einschneidend verändern. Beschlüsse für PPP-Projekte (z.B. Privatisierung der Kommunalverwaltung) nehmen den Bürgerinnen und Bürgern für die Zukunft das demokratische Mitspracherecht und führen dazu, dass die ohnehin knappen Haushaltsmittel langfristig an profitorientierte Wirtschaftsunternehmen gehen. Arbeitsplätze, Kaufkraft und künftige Entscheidungsspielräume gehen so, wie das Beispiel arvato es zeigen wird, verloren.

Statt ein Würzburg der Verbote, wollen wir ein lebendiges Würzburg für die Menschen!

Der Erlass der Sicherheitssatzung ist ein weiterer Beleg für das Versagen der derzeitigen Rathausfraktionen. Mit einer Serie von Verboten soll Würzburg Spass machen?

Die Stadt plant teure Zäune die keiner will. Hat aber für Skater kein Geld und schraubt Sitzbänke ab. Geld für eine Stelle für „Würzburg macht Spaß“ ist dagegen vorhanden. Höchste Zeit, dass neue Ideen, Kreativität und etwas gesunder Menschenverstand ins Rathaus einzieht.

Das „Gläserne Rathaus“

Ihrer Kontrollfunktion kommen die derzeitigen Vertreter der Kommunalparlamente nur sehr unzureichend nach. Die Bevölkerung erfährt nur selten rechtzeitig von geplanten „Reformen“. Dies muss sich ändern. Bei wichtigen Themen muss es im Vorfeld öffentliche Diskussionen geben. Geheime Vertragsabschlüsse hinter verschlossenen Türen müssen künftig der Vergangenheit angehören. Dafür wollen wir sorgen.

Armeeabzug

Durch die Schließung von Standorten und Kasernen werden sich massive Probleme ergeben. Dazu müssen verträgliche Lösungen gesucht werden. Mit den Bürgern, für die Bürger.

Linke Politik fängt vor Ort an und muss für die Menschen spürbar sein.

DIE LINKE, Kreisverband Würzburg, wird zur Kommunalwahl 2008 antreten.

Beschlossen von der Gründungsversammlung des Kreisverbands
Würzburg der Partei DIE LINKE. Würzburg, den 14. Juli 2007